Nr. 499 • 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 112

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— M. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 8. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54.

Die Entente rüstet am Rhein.

Ein rheinischer Abgeordneter schreibt uns:

Der demnächst dem Reichstage zugehende Reichshaushaltsplan enthält eine ganz ungeheuerliche Ziffer für die Kosten der gegnerischen Besatzungstruppen und Ententekommissionen: 15 Milliarden Mark. Diese Summe beruht offensichtlich nur auf Schätzungen der zuständigen Ministerien. Ob sie ausreichen wird, ist sehr zweifelhaft. Sicher ist nur, daß wir mindestens 15 000 Millionen Mark allein für das Besatzungsheer und die Ententekommissionen, die es sich inmitten hungernder deutscher Städte wohl sein lassen, aufzubringen haben.

Wenn wir als Sozialisten den Siegern an sich schon das Recht absprechen, nach dem Friedensschlusse Teile Deutschlands besetzt und die Bevölkerung unter Ausnahmerecht zu halten, so bestreiten wir noch mehr die Notwendigkeit, so große Heeresmassen im Rheinlande aufmarschieren zu lassen. Nach unseren privaten aber zuverlässigen Ermittelungen steht am Rhein ein Heer von

140 000 bis 150 000 Soldaten.

Eine so starke Armee ist unmöglich vonnöten, um die entwaffnete rheinische Bevölkerung, die ohne Arg ist, in Schach zu halten. Ein mächtiges Heer verliert den Charakter einer Besatzungstruppe, die das durch den Rheinstrom schon stark geschützte „Faustpfand" halten soll, sondern wirkt als Bedrohung der vorgelagerten Teile der deutschen Republik, und wird so auch im Rheinlande allgemein empfunden.

Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Tatsache, daß die Militärs der Entente Vorbereitungen treffen, die unmöglich mit der Besatzung etwas zu tun haben können, sondern ganz klar das Rheinland für den Aufmarsch gewaltiger Truppenmassen, weit über die jetzt schon hohe Stärke hinaus, vorbereiten sollen. Wir Rheinländer sehen diese Rüstungen, die im Reiche und seiner Hauptstadt vielleicht nicht genügend beachtet werden, täglich vor uns. Einige dieser Vorbereitungen mögen für sich sprechen: Bei Trier wird ein wertvolles Gelände von riesigem Ausmaß für eine Feldbäckerei in Anspruch genommen, die

täglich 400 000 Mann

mit Brot versorgen kann, während doch die jetzige Besatzungsarmee nur rund 150 000 Köpfe zählt. Die bestehenden deutschen Flugplätze reichen für die Bedürfnisse der Ententemilitaristen nicht aus. Sie werden um zahlreiche neue vermehrt. Wem will man einreden, daß diese vielen Flugplätze für das Besatzungsheer in einem friedlichen Lande bestimmt seien? Neue Exerzierplätze, neue Truppenübungsplätze, neue Truppenlager werden angefordert. Neue Kasernen werden gebaut. Die gewiß nicht geringen Anlagen, die der preußische Militarismus vor dem Kriege und während des Weltringens in der rheinischen Grenzprovinz geschaffen hatte, genügen für die Heere nicht, die auszogen, um den preußischen Militarismus zu vernichten, und die uns nun selbst einen höchst gesteigerten Militarismus vorleben. Diese riesenhaften Anlagen können unmöglich nur für Besatzungszwecke bestimmt sein. Das gilt insbesondere für das gewaltige Munitionslager, das bei Kaiserslautern geplant ist. Es soll nicht weniger als 600 Hektar umfassen. Das gibt Raum für so viel Explosionsstoffe, daß man damit die gesamte rheinische Bevölkerung wegfegen könnte. Diese unübersehbaren Munitionsmengen müssen für rechtsrheinische Pläne bestimmt sein. Allein das Munitionsdepot bei Kaiserslautern wird

für eine Millionenarmee

ausreichen. Ergänzt werden diese Rüstungen durch eine anderwärts geplante große Tankanlage und durch Brückenbauübungen an Stellen, die für einen Rheinübergang großer Truppenmassen von jeher in Betracht gekommen sind. All diese Vorbereitungen sind keineswegs systemlos, sondern bilden eine wohlüberlegte militärische Kette von Anlagen am Rhein, die nach weitgesteckten Plänen geknüpft ist. Nicht zu übersehen ist, daß diese Rüstungen kaum von Amerikanern und Briten, sondern fast ausschließlich von den Franzosen und Belgiern betrieben werden.

Für uns Rheinländer hat dieser kriegerische Aufmarsch unmittelbar die Bedeutung, daß uns tausende Hektar fruchtbaren Ackerlandes rücksichtslos entzogen werden und unsere Ernährung noch mehr verschlechtert wird. Die Einquartierungslast wächst und droht noch mehr zu wachsen. In großen Städten werden gerade die Straßenzüge mit den geräumigsten Häusern für eine zwangsmäßige Einquartierung deutscher Zivilisten gesperrt. Ententeoffiziere, Unteroffiziere (diese gegen das Rheinlandabkommen) werden mit ihren Familien und mit Dienerschaft in den großen Wohnungen untergebracht, die obdachlose deutsche Familien aufnehmen könnten. So steigt die Wohnungsnot im Rheinlande ins Unerträgliche.

Was aber bedeuten diese Rüstungen für das übrige Deutschland? Die Antwort lautet wohl, daß wir im gegebenen Augenblick

jede Zwangsmaßnahme zu gewärtigen

haben. Mögen die heillosen Phantasten auf der äußersten Rechten und der alleräußersten Linken, die gerne von dem „Bluff" der Entente schwätzen, sich gesagt sein lassen, daß die Vorbereitungen am Rhein sehr realer Natur sind und im Ernstfalle auch eingesetzt werden. Militaristen spielen in solchen Dingen nicht. Für Moskaugläubige aber sei noch hinzugefügt, daß nur geistig Blinde von einer baldigen Revolutionierung der Ententesoldaten träumen können. Ein Kommandowort des Generalissimus, und die wohlverpflegten, reichlich besoldeten, glänzend ausgerüsteten Mannschaften marschieren.

Sind unseren Genossen in den Ententeländern diese militärischen Rüstungen ihrer Regierungen bekannt? Wir Rheinländer richten unsern Not- und Warnungsruf an die Friedensfreunde in aller Welt und erwarten, daß er nicht ganz ungehört und nicht ohne Wirkung verhallen wird.

Der Betriebsrätekongreß.

Der erste Reichskongreß der Betriebsräte ist nach dreitägigen Verhandlungen zu Ende. Durch zahlreiche Klippen hindurch ist er von den Genossen Graßmann und Aufhäuser in einer Form gesteuert worden, die auch der stark organisierten und planmäßig vorstoßenden Opposition, soweit es die Zeit, die dem Kongreß zur Verfügung stand, irgend gestattet hat, weitesten Spielraum ließ. Der Kommunist Brandler, Richard Müller und der Russe Losowsky haben sich bemühen können, die 1100 Kongreßteilnehmer mit ihrer Weltanschauung und ihren Aktionsplänen bekanntzumachen, soweit sie ihnen überhaupt fremd waren. An energischen Versuchen, den Kongreß zu sprengen, hat es nicht gefehlt, aber eine starke Majorität war von dem Bewußtsein getragen, daß der Kongreß zu einem positiven Ergebnis kommen und ungeachtet der politischen Differenzen innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft eine Organisation entstehen müsse, die Trägerin und Führerin in den bevorstehenden gewaltigen Kämpfen der Arbeiterschaft um die Erringung einer sozialistisch geleiteten Wirtschaft sein kann.

Die Referate Wissells und Hilferdings haben dem Kongreß gezeigt, wie es um die wirtschaftliche Existenz des deutschen Volkes bestellt ist. Sie haben nachgewiesen, daß die bisherige kapitalistische Wirtschaft unfähig ist, die aus dem Kriege gestellten Probleme zu lösen, daß die Sozialisierung der reifen Wirtschaftszweige und die planmäßige Zusammenfassung aller übrigen Wirtschaftszweige zur Vorbereitung für eine Sozialisierung erfolgen müsse. Bedeutet aber Sozialisierung Kontrolle der Produktion und der Güterverteilung durch die Volksgesamtheit, dann müssen die in allen Betrieben gewählten Betriebsräte in den Stand gesetzt werden, diese Kontrolle als Organe der Allgemeinheit auch ausüben zu können, müssen sie sich das dazu notwendige Maß von Wissen verschaffen, müssen sie aber auch eine andere rechtliche Stellung erhalten, als sie das Betriebsrätegesetz ihnen heute einräumt.

Am 15. Juni und 5. Juli hatte der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund" und die „Afa" ihre Organe aus dem ganzen Reich nach Berlin berufen, um die gewerkschaftliche Zusammenfassung aller freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte herbeizuführen. Richtlinien für die Zusammenfassung in einer gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale wurden geschaffen. Die Anerkennung dieser Richtlinien für den Aufbau einer sich auf den Gewerkschaftsbau als inneren, festen Kern stützenden Betriebsräteorganisation sollte der von 9 Millionen Arbeitern gewählte erste Reichskongreß geben. Dieser gewerkschaftlichen Betriebsräteorganisation steht eine andere gegenüber, die auf dem Kongreß die Opposition darstellte. Sie will die Betriebsräte, gleichgültig ob sie überhaupt organisiert sind oder welchen wirtschaftsfriedlichen Verbänden sie auch angehören, unabhängig von den Gewerkschaften zu selbständigen politischen Kampforganen, und die Gewerkschaften in Industrieverbände zusammenfassen. Die Opposition gibt sich dem Glauben hin, oder behauptet es wenigstens, daß es ihr in einer solchen Zentrale gelingen würde, die gelben, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Betriebsräte zu revolutionären Betriebsräten umformen zu können. Der Kongreß ist in seiner übergroßen Mehrheit dieser Auffassung nicht beigetreten und hat die selbständigen Betriebsrätezentralen abgelehnt.

Da sich in Berlin, Halle, Düsseldorf usw. solche selbständigen Zentralen bereits gebildet haben, ist mit der Ablehnung seitens des Reichskongresses diese Opposition natürlich nicht beseitigt. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß sie den ihr reichlich zur Verfügung stehenden revolutionären Phrasenschwall zu weitesten Auswirkungen zu bringen weiter bemüht bleiben wird. Sie hat dem Kongreß mehrere Male gedroht, daß ihre revolutionäre, auf den Bürgerkrieg eingestellte Organisation die Gewerkschaften hinwegschwemmen wird.

Den Höhepunkt dieses großen Kongresses bildete das Duell des Vorsitzenden der größten deutschen Gewerkschaft, der Metallarbeiter, des der U. S. P. D. angehörenden Robert Dißmann, der das Hauptreferat über die „Aufgaben der Betriebsräte" hielt und mit dem von der Opposition gestellten Kommunisten Brandler sich auseinandersetzte. Dißmann stellte in den Vordergrund, daß es nicht genüge, die politische Macht an sich zu reißen, die notwendig ist, wenn die Arbeiterschaft mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg eine Umstellung der Wirtschaft zu einer planmäßigen durchsetzen will, sondern daß vor allem das Proletariat und die Betriebsräte reif gemacht werden müssen, um ihre Machtstellung auch im Wirtschaftsprozeß praktisch und erfolgreich zur Geltung bringen zu können.

Die Aussperrung im Zeitungsgewerbe.

Rund 8000 Ausgesperrte.

Der Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe dauert unvermindert fort. In fast allen bürgerlichen Betrieben ruht die Arbeit. Außer den drei sozialistischen Zeitungen erscheinen nur die „Germania", die „Deutsche Allgemeine Zeitung" und die „Deutsche Zeitung", die aber mit der heutigen Morgenausgabe ihr Erscheinen eingestellt hat.

Nach unseren Informationen ist bei Scherl die Aussperrung vollständig durchgeführt, ähnlich liegen die Dinge bei Ullstein u. Co., bei Mosse befindet sich der größte Teil des Personals auf der Straße, während die „Deutsche Tageszeitung" und die Lindendruckerei (Schiffbauerdamm) nur das Zeitungspersonal ausgesperrt haben.

Nach vorläufigen Zählungen sind ausgesperrt: 3000 bis 4000 Transportarbeiter, 8000 Hilfsarbeiter, 1000 bis 1200 Buchdrucker und 1000 Buchbinder.

Da sich die Zahl der streikenden kaufmännischen Angestellten auf zirka 2500 beläuft, sind rund 11 000 Kopf- und Handarbeiter am Kampf beteiligt.

Heute mittag beginnen im Reichsarbeitsministerium die ersten Verhandlungen. Es ist zu hoffen, daß die Parteien bald zu einer Einigung gelangen werden.

In der heutigen Morgenausgabe, in der sie erklärt, ihren Betrieb gleichfalls einstellen zu müssen, macht die „Deutsche Zeitung" noch einen letzten Versuch, die Stimmung der Bevölkerung zu erregen, indem sie die Vermutung äußert, die Lahmlegung aller nichtrevolutionären Zeitungen diene zur „Vorbereitung einer ganz großen Aktion". Demgegenüber sei festgestellt, daß die „nichtrevolutionären Zeitungen" nicht wegen ihrer politischen Haltung lahmgelegt sind, sondern wegen der Nichtbewilligung berechtigter Forderungen ihrer Angestellten. Der gute Wille der Verleger, den Konflikt beizulegen, wird genügen, um den gegenwärtigen Zustand, den auch wir als einen Uebelstand empfinden, zu beseitigen. Die Streikenden und Ausgesperrten wollen nicht die Meinungsfreiheit vergewaltigen oder „eine ganz große Aktion" vornehmen. Sie wünschen vielmehr nichts als die Durchsetzung ihrer rein gewerkschaftlichen Forderungen.

Näheres über den Stand der Aussperrung finden unsere Leser im gewerkschaftlichen Teil.

Raumer über Sozialisierung.

Im Ausschuß des Reichswirtschaftsrats gab Minister v. Raumer eine Erklärung ab, in der er bestätigte, daß das Kabinett am 22. September die Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Kohlensozialisierung einstimmig beschlossen habe. Er bemühte sich dann, den Widerspruch zwischen der Haltung der deutschvolksparteilichen Minister im Kabinett und in der Reichstagsfraktion aufzuklären.

Kommunistischer Parteitag. In der „Roten Fahne" ladet die Zentrale der K. P. D. zu einem Parteitag am 1. November nach Berlin ein. Auf der Tagesordnung stehen Referate von Thalheimer, Levi, Brandler und Lange.

Brandler führte aus, daß die bisherigen Methoden des Klassenkampfes zur Beseitigung des Kapitalismus nicht genügen. In die alten Schläuche dürfe kein neuer Wein gegossen werden. Wie in der Natur die Zeit des Reifens genau begrenzt ist und Ueberreife Tod bedeutet, so bestehe auch in der sozialen Revolution die Gefahr der Ueberreife und des Verfalles der revolutionären Kräfte. Die Nabelschnur müsse durchgebissen werden, damit das Kind selbständig leben könne; der Bürgerkrieg müsse kommen, um die alte kapitalistische Wirtschaft von der neu entstehenden sozialistischen loszulösen. Die Sozialisten sähen die Wirklichkeit falsch und seien Wirklichkeitsfanatiker. Wenn die Kommunisten nicht den Staat zertrümmern können, dann wollen sie wenigstens die kleinere Aufgabe lösen und die Gewerkschaften zertrümmern. — Wenn man diesen packenden und blendenden Redner gehört hat, kann man begreifen, welchen gewaltigen Eindruck er auf einen unreifen Hörerkreis, vor allem auf Jugendliche, die das Leben und die Wesensverschiedenheiten der Menschen nicht kennen, auszuüben vermag. Der Reichskongreß der Betriebsräte hat sich von seinen Ausführungen nicht beeinflussen lassen.

Brandler brauchte das Gleichnis von der Geburt, er hat es falsch gedeutet. Das Kind des hochentwickelten Tieres oder des Menschen braucht die Mutter, um bis zur Selbständigkeit von ihr genährt zu werden. Der Bürgerkrieg tötet die Mutter, die der Kapitalismus ist. Er muß den Sozialismus so lange nähren, bis das Kind selbst lebensfähig geworden ist. Zur Kontrolle der Produktion gehören Organe, die fähig sind, diese Aufgabe, die ungeheuer schwer und verantwortungsvoll ist, auch zu übernehmen. Dißmann hat auch wiederholt darauf hingewiesen, daß die Mitarbeit der qualifizierten Kopfarbeiter unentbehrlich ist und sie vor allem für den Sozialismus gewonnen werden müssen.

Die Opposition hate sich offenbar von der Hilfe des Russen Losowski einen besonderen Erfolg versprochen. Der Kongreß gab ihm auch zweimal zu längeren Referaten das Wort. Was er vorbrachte, war den meisten Kongreßteilnehmern aus den Schriften über Sowjetrußland bekannt. Er verschwieg aber, daß in Rußland die wirtschaftliche Diktatur die zur Wirtschaftsführung dort unfähigen Fabrikkomitees beseitigt hat, daß die russischen Betriebsräte sich heute nur mit bescheidenen sozialen Aufgaben befassen.

Das Schlußwort des Kongresses sprach Aufhäuser, nachdem die zahlreichen Anträge zur Abstimmung gebracht waren. Er wies darauf hin, daß nunmehr Gewerkschaften und Betriebsräte das gemeinsame Fundament von diesem Kongreß erhalten haben, daß auf ihm die Gemeinschaft zwischen Kopf- und Handarbeitern aufs neue besiegelt worden ist. Der Kampf um die Sozialisierung fordert die Einheitsfront des Proletariats, das Unternehmertum sei gewarnt und möge sich bewußt sein, was auf dem Spiele stehe.

Durch viele Klippen und Brandungen hindurch ist dieser Riesenkongreß, der den größten Arbeitseifer zeigte, zu gutem Ende geführt worden dank der jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Schulung der deutschen Arbeiterschaft. Ein erheblicher Teil der Betriebsräte stellt sich außerhalb der neuen Front. Hoffen wir, daß auch bei ihnen die Einsicht kommt, daß nur eine wirkliche Einheitsfront den Sieg des Proletariats verbürgen kann und es Pflicht der Minderheit ist, sich in den von der Mehrheit beschlossenen Bau einzufügen.

Genf am 12. Dezember.

England besteht auf die Konferenz.

Paris, 8. Oktober. (WTB.) Wie das „Echo de Paris" mitteilt, hat die französische von der englischen Regierung eine Note erhalten, in der Lloyd George erklärt, die Mächte hätten sich verpflichtet, sich bei einer kommenden Konferenz, die sich mit der Wiedergutmachungsfrage beschäftige, durch Sachverständige vertreten zu lassen. Sie billigen auch den Vorschlag, diese Konferenz auf den 12. Dezember festzusetzen. Weiterhin sei in der Note vorgeschlagen, eine technische Konferenz abzuhalten, die den Charakter eines internationalen Kongresses haben solle. Diesem Kongreß solle die Konferenz von Genf auf dem Fuße folgen, auf der die Pläne für ein endgültiges Abkommen zu Ende geführt werden könnten.

Tschitscherin in Riga.

Paris, 8. Oktober. Der Minister des Aeußern, Sapieha, trifft heute in Riga ein, um die Schlußverhandlungen mit Tschitscherin persönlich zu leiten.

Englisch-französischer Druck auf Polen.

Paris, 8. Oktober. (WTB.) Nach dem „Journal" hat Ministerpräsident Leygues erklärt, das beständige Zusammenarbeiten zwischen Frankreich und England sei die erste Grundbedingung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und des wirtschaftlichen Wohlergehens von Europa. Er rechne damit, daß Polen bei seinem Vorgehen gegen Sowjetrußland den Vorschlägen Frankreichs und Englands folgen wird. Erst vorgestern habe der englische Botschafter in Warschau der polnischen Regierung eine Note übergeben, in der die bereits erteilten Ratschläge nochmals erneuert werden.

Henderson zur irischen Frage.

London, 8. Oktober. (WTB.) In einem Briefe an die „Times" erklärt Arthur Henderson, daß in Irland eine nach dem Proportionalsystem gewählte gesetzgebende Versammlung einberufen werden sollte. Aufgabe dieser Versammlung würde der Entwurf einer Verfassung für Irland sein, die auch für angemessenen Schutz der Minderheiten zu sorgen hätte. Henderson fügt hinzu, daß das irische Volk durch den Beschluß einer Lostrennung von England mehr zu verlieren als zu gewinnen haben würde. Die wirtschaftlichen Interessen bildeten ein unzertrennbares Band zwischen Großbritannien und Irland.

Smillie für die Einigung.

Paris, 8. Oktober. (WTB.) Nach einer Meldung des „Temps" aus London hat Smillie den Bergarbeitern den Rat erteilt, die Vorschläge der Grubenbesitzer anzunehmen, die alle erdenklichen Anstrengungen machten, um zu einem endgültigen Abkommen zu gelangen. Der Rat der Grubenbesitzer habe gestern die von seinen Vertretern den Bergarbeitern gemachten Zugeständnisse bewilligt.

Tagung der englischen Seeleute.

London, 8. Oktober. Auf der Jahresversammlung des Bundes der englischen Seeleute ist gestern das Ergebnis der Abstimmung über die Verstaatlichung der Schiffahrt und über den Anschluß an die Arbeiterpartei bekanntgegeben worden. Der Vorschlag über die Verstaatlichung der Schiffahrt wurde mit 16 158 gegen 5097 Stimmen bei 3788 Enthaltungen abgelehnt, der Anschluß an die Arbeiterpartei wurde mit 13 091 gegen 6515 Stimmen bei 5000 Enthaltungen angenommen. Der Vorsitzende Havelock Wilson erklärte, er habe sich dreißig Jahre dem Anschluß an die Arbeiterpartei widersetzt und seine Ansicht darüber nicht geändert. Die Konferenz erklärte sich damit einverstanden, daß Wilson in dieser Frage weiterhin einen unabhängigen politischen Standpunkt einnehme.

Die Brüsseler Resolutionen.

Platonischer Wunschzettel.

Brüssel, 8. Oktober. (WTB.) Finanzkonferenz. Die Entschließungen über die Wechselkurse besagen: Es ist außerordentlich wichtig, der Ausdehnung der Inflation ein Ziel zu setzen. Die Regierungen müssen ihre Ausgaben nach ihren Einnahmen regeln. Die Banken sollten jedem politischen Einfluß entzogen bleiben. Die Vermehrung des Gesamtbetrages der Kredite müßte ein Ende nehmen. Kredite dürften nur zur Befriedigung wirklicher wirtschaftlicher Erfordernisse bewilligt werden. Der Handel sollte schleunigst von jeder Beaufsichtigung und jeder im internationalen Handel abgeschafften Belästigung befreit werden. Alle überflüssigen Ausgaben müßten vermieden werden. Es ist zu wünschen, daß die Länder zur Goldwährung (!) zurückkehren. Die Herabminderung der Inflation sollte Schritt für Schritt mit größter Vorsicht eingeleitet werden. Die Konferenz zweifelt daran, daß der Versuch einer Festlegung des Goldwertes gelingen könnte, und glaubt weder an die Nützlichkeit eines internationalen Geldes noch an diejenige einer internationalen Rechnungseinheit. In Ländern ohne zentrale Notenbank sollte eine solche errichtet werden. Jeder Versuch, Schwankungen des Wechselkurses durch eine künstliche Kontrolle der Operationen zu begrenzen, ist vergeblich und schädlich. Man solle einen Ausschuß einsetzen, um weiterhin alle brauchbaren Finanzstatistiken, welche der Konferenz überreicht werden sind, zu sammeln.

Die Kommissionen haben ihre Berichte heute der Vollversammlung vorlegen können. Die Berichte wurden einstimmig angenommen. Es ist anzunehmen, daß die Konferenz am Freitag nachmittag ihre Schlußsitzung abhalten wird.

Der Kampf um die „Freiheit".

In der „Freiheit" wird heute eine längere Zuschrift des Vorsitzenden der Preßkommission Schwenk wiedergegeben, in der dargelegt wird, wie es zu der Meinungsverschiedenheit zwischen Preßkommission und Redaktion kam. In dem Schreiben heißt es:

Wir hatten keine Veranlassung, abzuwarten, was der Parteitag in der Anschlußfrage beschließen würde. **Die Berliner haben entschieden, und zwar unzweideutig in unserem Sinne.** Das ist ausschlaggebend, um so mehr, als, wie gesagt, nicht nur in der Anschlußfrage, sondern ganz allgemein die Haltung der Redaktion die schärfste Mißbilligung der Berliner Parteigenossen gefunden hat."

Die „Freiheit" verweist wiederum darauf, daß über ihr Schicksal allein die ordnungsmäßige Vertretung der Parteigenossen Groß-Berlins zu bestimmen habe. Allerdings ist kaum anzunehmen, daß der „Freiheit" von dieser Seite bedeutende Unterstützung zuteil werden wird; denn an anderer Stelle muß sie selbst melden:

In einer Generalversammlung des 12. Distrikts wurde ein Antrag angenommen, der der Redaktion der „Freiheit" das schärfste Mißtrauen ausspricht.

Im 9. Distrikt wurde durch eine Resolution der sofortige Rücktritt der „Freiheit"-Redaktion gefordert.

Einschränkend bemerkt die „Freiheit" zu dieser Entschließung:

Der uns zugegangene Bericht spricht davon, daß die Resolution gegen 7 Stimmen angenommen worden sei. Wir sehen uns daher gezwungen, festzustellen, daß vor der Abstimmung mindestens ein Drittel der Besucher den Saal verließ. **Grund: Wüste Beschimpfungen und Drohungen durch die Anschlußbefürworter.**

— was ein hübsches Bild über den Verlauf dieser Versammlung gibt.

Das Ultimatum, das von dem Vorsitzenden der Preßkommission Schwenk der „Freiheit"-Redaktion überreicht und von dieser zurückgewiesen worden war, war bekanntlich mit 12 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen worden. Diese 9 Mann halten es nunmehr für erforderlich, auch ihrerseits von der „Freiheit" ein beträchtliches Stück abzurücken, und die „Freiheit" sieht sich der wenig angenehmen Situation gegenüber, eine Erklärung der 9 Mann zum Abdruck zu bringen, deren entscheidende Einleitungssätze lauten:

Die unterzeichneten Mitglieder der Preßkommission haben gegen den Antrag auf sofortige Neubesetzung der Redak-

---

Städte.

Von Erna Büsing.

Städte, ganz gleich wie ihr Name, ganz gleich wo sie liegen, können uns, als Hüter der Geschichte von Menschengeschlechtern, unendlich viel erzählen. Sie sind die Bewahrer mächtiger Ueberlieferungen, die Versuchsstätten zweckentsprechender Neuerungen, sie sind Wahrzeichen des Verfalls oder Kronzeugen des Wachstums. Auch wem in der Schule kein Lehrer die verschiedenen Arten der Baustile erklärt hat, dem können die Städte beredten Mundes viel verkünden. Er kann sogar zu ihnen in ein ganz inniges Verhältnis kommen, indem er sie als Spiegelbild seiner eigenen Gefühle betrachtet.

Die vergrößerte Stadt.

Sie hat einen in Zahlen ausgedrückt, einfach erdrückenden Flächeninhalt, sie wird von Millionen Menschen bewohnt und ist doch nur eine vergrößerte Stadt und keine Großstadt, denn dazu gehört Talent und das hat sie nicht. Alles ist typisch angebaut. Muß für eine Hochbahn oder Straßenbahn Platz geschafft werden, so geschieht das sichtlich gewaltsam und anklagend unschön. Sie hat keine eigene Kultur; eine fremde Kultur aber auf ihrem Boden zur Eigenkultur werden zu lassen, dazu fehlt ihr der Geist und eine fremde Kultur blindlings zu übernehmen und sich in sie einzufühlen, dazu fehlt ihr eben das Gefühl. So ist sie lose aneinanderhängend, ein gewaltsam zusammengepreßtes Ganzes, das wieder zerfliegt. Hin und wieder kommt mal ein prunkender Prachtbau. Den stifte der Kapitalismus dorthin als steingewordene Anbetung eigener Macht und rühmendes Denkmal eigener Vollkommenheit.

Und doch schläft diese vergrößerte Stadt nur und wartet auf den Erwecker.

Sie wartet auf die große, alles umfassende Idee, die einer hinausschleudert in die Menge und die diese Menge, von der das kleinste Teilchen gleichberechtigt ist, annimmt und zurückgibt in übertausendfachem Dank, der da ist: neuschöpfende Anregung, verschönender Ausbau, zukunftverheißende Verbesserungen.

Das gemütliche Städtchen.

Es schläft, aber nicht im Dornröschenschlaf, sondern bewußt. Das Leben da draußen in der Welt ist ihm zu geräuschvoll, zu hart, daher zog es die Gardinen zu. Seine Bewohner sind stammeingesessen. Sie ehren die alten Häuser und lieben in ihnen die Geschichte der eigenen Familie. Die Leute fühlen sich als eine große, weitverzweigte Gemeinde mit gemeinsamen Interessen. Sie freuen sich mit, daß der Sohn der alten Kathrin (die da draußen vor den Toren ein Stückchen Kartoffelland hat), der als Kriegsgewinn ein Holzbein bekam, der Mutter jetzt wieder so geschäftig zur Hand gehen kann. Sie sind allesamt bekümmert, weil der größte Apfelbaum des Städtchens wurmstichige Frucht trägt. Sie sind heilfroh darüber, daß der Färber des Städtchens so schön blau färben kann und die Töchter aus Bettüchern jetzt Leinenkleider bekommen.

Und die Pumpe auf dem Marktplatz ist leuchtend blank und selbst der Fremdling möchte sich dort waschen oder das Gemüse putzen.

So schufen sich die Bewohner, im gewollten Einanderverstehen, ein gemütliches Städtchen, ohne jede Lächerlichkeit, denn es ist auch gemütvoll.

Die zopfige Stadt.

Unser König ist groß und der liebe Gott ist sein bester Freund und „man" bewohnt die zopfige Stadt. „Man" ist meistens ein ungreifbarer Dunst von Hochmut, Selbstüberhebung, Niedertracht, Kleinlichkeit und Klatschsucht. Die Gardinen vor den Fenstern werden geblaut oder gerötet, wenn „man" es tut, die Vorhänge sind blau oder grün, wenn „man" gerade diese Farbe liebt. Man stellt die gleichen Blumenarten vor die Fenster. Und es ist höchst auffällig und aus der Rolle fallend, wenn eine Fuchsia eher blüht, wenn ein Geranium seinen flammend roten Blumenkopf länger hält und wenn eine Pantoffelblume keine Läuse hat. Alles ist blitzblank, denn man ist sauber, nicht aus innerem Bedürfnis oder Selbstverständlichkeit heraus, sondern weil „man" eben sauber ist. „Man" hat eine gesicherte, angesehene Lebensstellung und umhüllt alles, was in der Seele und im Wollen zur Klärung drängt, mit dem Mantel der Zufriedenheit. Unser König ist groß, der liebe Gott ist sein bester Freund und „man" trägt Uniform. Die Sehnsucht nach Verbesserungen ist in schlimmen Fällen Majestätsbeleidigung, in leichteren Gotteslästerung.

Ich werde hier traurig und sage: „Doch einen Erinnerungskranz denen, die sich nach der Freiheit sehnten. In denen dieselbe Unruhe, die gleiche Sehnsucht, die gleiche Bestimmung zum Kämpfenmüssen für das Neue brannte, wie es in uns Ringenden brennt. Alles das, was in uns lodert, es lag auch aufflammbereit, in ihnen und man hat es erstickt. Hier herrschte die seelenlos gleichmachende Uniform und nicht die Demokratie, die in ihrer Gleichmachung gleiches Recht umfaßt und Anschauungswerte zu schätzen weiß.

Und während ich durch die zopfige Stadt gehe, denke ich an die erwürgten Seelen, die man lächelnd ermordete, aus Haß gegen alles anders Gesinnte.

Ein neues französisches Kunstausfuhrgesetz, von Kammer und Senat angenommen, ist jetzt in Kraft getreten. Danach bedürfen Kunstwerke von nationalem Interesse zur Ausfuhr der Genehmigung des Unterrichtsministeriums. Unter diese Bestimmung fallen Möbel, die vor 1830 entstanden, und Werke von länger als 20 Jahre verstorbenen Künstlern, sowie Ausgrabungen aus französischem Boden. Die zurückgehaltenen Werke können vom Staat erworben werden, die zur Ausfuhr zugelassenen werden versteuert: zu 15 Proz. bei Werten bis 5000 Franken, 20 Proz. bis 20 000 Franken, 25 Proz. bei Werten über 20 000 Franken.

Vortragsabend im Meistersaal. Alljährlich mit beginnendem Winter steigt aus der Tiefe die Schar jener Namenlosen hervor, die durch Appell an Presse und Publikum dem fürchterlichen Unbekanntsein entrissen sein wollen. Zu ihnen gehört Theodora Wertsch, die es verstand, ein gutes Programm mit einer Unzulänglichkeit vorzutragen, die lebhaftes Mitleid erweckte. Der Kampf zwischen Wort und Bewegung, die Dissonanz zwischen Geste und Ausdruck sind so schreiend, daß auch der gutmütige Kritiker verzweifelt aus dem Saal schlich. Das positive Ergebnis des Abends: Lest Rabindranath Tagore, diesen feinsinnigen Schöpfer, in dem sich Hölderlins und Nietzsches Elemente glücklich mischen, seht ihn still für Euch in Feierstunden! Fräulein Wertsch aber sei noch eine Elementarlehre erteilt: ein Melodrama ist nicht die Summe aus Wort und Musik, sondern ist beider Verknüpfung, Uebergang, Verschmelzung. Wäre ihr dieser Grundsatz bekannt, hätte sie Münchhausens „Todspieler" nicht so jämmerlich mißhandeln können. wp.

Der Tod Adams, eine Dichtung unseres österreichischen Genossen Franz Spunder, wird morgen, abends 7½ Uhr, von Hilde Wegner im Meistersaal aus dem Gedächtnis zum Vortrag gebracht. Das lyrische Buch „Hymnen" von Spunde ist seinerzeit auch von uns anerkannt worden. Ein neues Buch Gesänge „Kitralis" ist soeben im Verlag Strache, Leipzig, erschienen.

Schauspielerstreik. Im „Neuen Theater" in Frankfurt a. M. ist das gesamte Solopersonal am Donnerstagabend bei vollbesetztem Hause plötzlich in den Ausstand getreten. Ursache ist die Entlassung des Obmannes des Betriebsrates, die aus rein persönlichen Gründen erfolgt sein soll. In einer Versammlung des Personals, der auch der Direktor beiwohnte, wurde, ohne daß die Direktion gehört worden war, der Streik beschlossen.

Ein neues Orchester, das „Beethoven-Orchester", ist von Musikern des Deutschen Musikerverbandes in Berlin gebildet worden. Es wird im Osten und Norden Berlins Symphoniekonzerte in billigen Preisen veranstalten. Als Kapellmeister wurde gewählt Dr. Max Burkhardt.

Der Arbeitsausschuß der Juryfreien Kunstschau Berlin 1920, kündigt für den 11. Oktober, abends 7½ Uhr, eine große Künstlerversammlung an, in der der Maler Hermann Sandkuhl über die Juryfreie Kunstschau und ihre Bedeutung für das Berliner Kunstleben sprechen wird. Sie tagt in den Auguste-Viktoria-Sälen, Lutherstr. 31/32.

Ueber die Entwicklung des Impressionismus und Expressionismus mit Lichtbildern und Beispielen im Kronprinzenpalais wird Dr. Kurth in der Kunstschule des Westens für Zeichnen und Malen sprechen, beginnend am Dienstag, den 12. Oktober, nachmittags 5 Uhr. Veranstalterin Emmy Stalmann, Kantstr. 154a.

Der Gemütsmensch. Ein Holländer, der zum erstenmal Neapel besuchte, sah eines Tages, daß die Häuser beflaggt waren und die Leute mit Blumen und Kränzen auf die Friedhöfe gingen. Er fragte einen Amerikaner, was das bedeute. „Es ist der Dekorationstag", erklärte ihm dieser. „Haben Sie nicht auch jemand auf dem Friedhof, dessen Grab Sie mit Blumen schmücken möchten?" Der Holländer schüttelte betrübt den Kopf. „Die Leute, deren Grab ich schmücken möchte, die sind noch nicht tot." (Eule.)

tion gestimmt. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir der Redaktion sachlich-kritisch gegenüberstehen. **Lediglich in der Frage der Moskauer Bedingungen stehen die unterzeichneten Mitglieder der Preßkommission mit der Redaktion einig zusammen.** Darüber hinaus behalten wir uns vollkommene Handlungsfreiheit vor.

Die „Freiheit" wird sich also darüber klar sein müssen, daß ihrer auch hier keine großen Sympathien harren.

•

Als endgültiges Wahlergebnis der Urwahlen zum Halleschen Parteitag wurden in Potsdam 4 10 Delegierte gewählt, die für Moskau, und 7 Delegierte, die gegen Moskau stimmten. — Bei der Urwahl in Essen wurden für den Anschluß 8926 Stimmen, gegen den Anschluß 684 Stimmen abgegeben. Auf die Liste der Anschlußbefürworter fallen 9 Mandate, auf die Liste der Anschlußgegner 1 Mandat. — Eine Mitgliederversammlung der Danziger U. S. P. D. erklärte sich gegen wenige Stimmen für den Anschluß an die dritte Internationale, lehnte aber die Moskauer Bedingungen ab, da sie undurchführbar seien.

Urwahlen in Halle.

Halle a. S., 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Gestern fand in Halle die Urwahl zum Parteitage der Unabhängigen statt. Die Beteiligung war ziemlich rege. Für Halle wurden insgesamt 7796 Stimmen abgegeben, davon 6438 Stimmen für die Moskauer Anhänger und 1357 für die Moskaugegner. An Mandaten dürften auf die Leninjünger 11 und auf die Gegner der Moskauer Bedingungen 2 entfallen. Die Zahlen für den übrigen Wahlkreis stehen noch aus. Es hat sich gezeigt, daß die Kreisgeneralversammlung, die im vergangenen Monat die Wahl zum Parteitag vorgenommen hat, nicht das richtige Bild gegeben hat, doch wurden alle 13 Moskauanhänger gewählt, und zwar mit einer Mehrheit von 245 zu 8 Stimmen.

„In der Redaktion des „Volksblattes" ist der Zwiespalt in der gestrigen Ausgabe offen zum Ausdruck gekommen. Man beschuldigt sich gegenseitig der Handhabung unlauterer Mittel im politischen Kampf.

Die Tragik des Sozialismus.

In einer in diesen Tagen in Wien erschienenen Schrift „Der Kampf der geistigen Arbeiter", in der sich unser bekannter Wiener Genosse Dr. Max Adler mit Problemen des Kapitalismus und des Sozialismus unter besonderer Berücksichtigung der sozialen und kulturlichen Notlage der geistigen Arbeiter auseinandersetzt, kommt er auch auf die allgemein feststellbare Enttäuschung zu sprechen die der Sozialismus seit der Revolution in Deutschland Oesterreich und Rußland hervorgerufen habe. Adler begründet dies mit der tragischen Lage, in die der Sozialismus geraten ist und schreibt:

Aber was hat es denn mit dieser „Enttäuschung" eigentlich für eine Bewandnis? Die Arbeiter haben nämlich verstehen gelernt, worin das begründet ist, was man die Enttäuschung am Sozialismus genannt hat. Es wäre hoch an der Zeit, wenn auch die Gebildeten sich diese Erkenntnis zu eigen machten und, statt fortwährend von einem Versagen des Sozialismus zu reden, die ungeheure Tragik einsehen möchten, die den Sozialismus in eine Lage gebracht hat, in der er nicht so zu wirken vermag, wie es seinen Ideen entspricht. Der Kapitalismus hat sein Haus angezündet und wirft nun dem Sozialismus vor, daß man auf der Brandstätte nicht wohnen kann. Es ist schon oft dargelegt worden, aber es scheint, gewisse Wahrheiten müssen auch den geistigen Arbeitern immer wieder neu eingeschärft werden, um der Verschleimung der Gehirne durch die gedankenlose Kritik der Gegner des Sozialismus entgegenzuarbeiten: **die Tragik des Sozialismus liegt darin, daß er, der ein System der Verteilung des Reichtums der Gesellschaft ist, in einem Zeitpunkt ihrer größten Verarmung zu Macht und Einfluß gekommen ist.**

Was unterscheidet den Sozialismus, wie Marx und Engels ihn uns verstehen gelehrt haben, vom Utopismus? Daß wir erkannt haben, wie seine Verwirklichung durch die Entwicklungshöhe des Kapitalismus möglich geworden ist, weil die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit soweit gediehen war, daß nunmehr erst die auskömmliche Versorgung eines jeden einzelnen zu bewerkstelligen war. Das bloße Ideal der gerechten Verteilung und Sicherung der Existenz eines jeden gab es schon Jahrhunderte früher, die ökonomische Möglichkeit ihrer Verwirklichung hat erst der gesellschaftliche Reichtum der entwickelten kapitalistischen Produktivkräfte geschaffen. Nun aber hat der Krieg diesen ganzen Reichtum vernichtet und die Produktivkräfte zerstört. So ist den Sozialismus die widersinnige Rolle zugefallen, nicht als ein Spender allgemeinen und erhöhten Wohlseins in die Welt zu kommen, sondern als ein strenger Sparmeister und Rechner, der noch dazu seine Rechnung nicht ohne den kapitalistischen Wirt machen kann, von dem er abhängig geblieben ist, solange der Imperialismus den Siegerstaaten noch ungebrochen dasteht.

Wer diese Tragik des Sozialismus einmal verstanden hat, der wird aufhören, von einem Versagen des Sozialismus zu reden und die Arbeit des Sozialismus zu verlästern, oder auch nur zu verkleinern, mit der er den Kampf für den Aufbau seiner neuen Gesellschaft trotzdem auf dieser fast alles Baumaterials beraubten Trümmerstätte begonnen hat. Er wird vielmehr erkennen, daß es nur die Staubwolken des Zusammensturzes der alten Welt sind, die eine Zeitlang die Strahlen der Sonne des Sozialismus abblenden. Sicherlich ist es bitter für uns Menschen von heute, in diesem Staube uns Licht und Luft benommen zu sehen. Aber der Sozialismus ist nicht die Angelegenheit bloß einer Generation.

Wer sich — sei er Kopf- oder Handarbeiter — den in den Ausgangssätzen der Adlerschen Ausführungen enthaltenen Gedankengang zu eigen macht, wird tiefer in das Wesen des Sozialismus eindringen als diejenigen, die in ihm nur eine Augenblickssache erblicken zu sollen meinen und nicht ein System von ewiger Dauer und bleibendem Werte.

Die Verfassunggebende Versammlung Danzigs verabschiedete gestern nach dreitägiger Beratung ein Gesetz betreffend die Elektrizitätswirtschaft in der künftigen Freien Stadt Danzig. Das Gesetz sieht die Ueberführung aller im Gebiete der Freien Stadt Danzig befindlichen privaten Kraftwerke in die Hand des Freistaates vor, um so in Anbetracht der großen Kohlennot die größte wirtschaftliche Ausnützung der Wasserkräfte zu erreichen. Das Gesetz tritt sofort in Kraft.

Hoover gegen Wilson. Der frühere Lebensmittelkontrolleur Hoover hat sich von Wilson losgesagt und Partei für Harding ergriffen. Er will am Sonnabend eine Rede halten und dabei Enthüllungen über Wilsons Rolle während des Krieges vorbringen.

Groß-Berlin

Salomo auf dem Wohnungsamt.

Die Wohnungsnot bescherte uns ein Wohnungsamt. Wer aber annimmt, daß dieses Wohnungsamt dem Heimfrieden des Bürgers dient, der irrt sich. Leute, die froh sind, ein Dach über dem Kopfe zu haben, werden von Heim und Herd vertrieben, wie damals Adam und Eva aus dem Paradies, und sollen dadurch erscheinend die Wohnungskalamität vergrößern helfen gegen ihren, durch vertragliche Abmachungen unterstützten Willen.

Es handelt sich in unserem Falle um eine Wohnung, deren Inhaberin verstorben war, und die darauf von der Tochter der Verblichenen unter Zustandekommen eines Mietvertrags ordnungsmäßig neu gemietet wurde. Nebenbei sei gesagt, daß die Verstorbene eines ihrer Zimmer einer Aftermieterin vermietet hatte, die auch nach dem Tode der alten Frau würde wohnen bleiben können, wenn das Wohnungsamt den Mietvertrag zwischen der Tochter der Gestorbenen und der Hauswirtin nicht für ungültig erklärt hätte. Beide, die Tochter und die Aftermieterin wollten sich außerdem in Kürze verheiraten, wenn sie nach ihrer Eheschließung in der Wohnung gemeinsam verbleiben konnten.

Weshalb aber weist ihnen das Wohnungsamt die Tür? Um den — gleichen Effekt zu erreichen! Es will nämlich auch zufällig zwei Ehepaare nebeneinander unterbringen. Bei Gott, das scheint ein wahrhaft salomonisches Urteil: Zwei Menschen zeigt man die Stelle, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat, nur deswegen, weil ihre Partner einige Wochen eher zum Standesam. gingen, wie sie es zu tun gewillt sind. . . . Wieder ist hier eine Behörde umständlich wie häufig in der seligen Kartoffelversorgung, wo die Nichtselbstversorger „ländlicher Gemeinschaften ihre Erdäpfel nicht etwa aus dem Dorfe, in dem sie wohnten, beziehen durften, sondern die Dinger aus ganz entlegenen Provinzen bekamen. . . .

O heiliger Bureaukratismus, was für ein Unheil richtest du hier wieder an! Bedenke doch, daß das mittellose Mädchen, das du in der mütterlichen Wohnung nicht dulden magst, mehrere hundert Mark für Umzugskosten aufbringen muß, daß es sein ererbtes gediegenes Mobiliar vielleicht verkleinern muß, erstens um Geld für den unnötigen Auszug zu erhalten, zweitens deswegen, weil es eine Zweizimmereinrichtung unmöglich in das Stübchen hineinzwingt, was du ihr großmütig anweisen wirst. Drittens tritt du wie ein Eunuche zwischen vier Menschen, die einander vereinen wollen fürs Leben . . . Und das alles nur, weil irgendeins deiner vielen Gebote vielleicht ein wenig verletzt wird.

Erstrebt wird ja auch nur der gleiche Erfolg, die Unterbringung von vier Menschen, nur auf eine weniger umständliche Art! Oder liebst du Umständlichkeiten? . . . Nun, dann laß, bitte, wenigstens naive Gemüter nicht darunter leiden.

•Die meinen nämlich, der gerade Weg sei der beste . .

Der Stand der Arbeitslosigkeit.

In der Metall- und Holzindustrie herrscht noch immer Stille verbunden mit einer Steigerung der Arbeitslosigkeit. Größere Betriebe der Lederindustrie haben abermals Betriebseinschränkungen und Entlassungen vorgenommen. Für Bäcker und Schlächter ist der Arbeitsmarkt noch immer ungünstig. Die Schokoladenindustrie verlangte Hilfskräfte und Konditoren infolge vermehrter Tätigkeit. Auch in den Brauereien hat eine Ausdehnung der Betriebe stattgefunden. Die Textilbranche zeigte eine kleine Belebung. Damenkonfektion und Wäsche waren als Saisonartikel gefragter. Nach Büglern und Zuschneidern bestand Nachfrage. Auch im Schuhmachergewerbe hat sich der Beschäftigungsgrad etwas gebessert. Dagegen hat er sich im Baugewerbe, im Tiefbau, Gastwirtsgewerbe, in der Luxuswarenbranche nicht gebessert. Töpfer, Dachdecker, Klempner fanden schneller Arbeit. Im Handelsgewerbe ist die Arbeitslosigkeit noch groß, wenn auch die Nachfrage nach Transportarbeitern noch anhält.

Auslandswagen im Winterfahrplan. Die durchlaufenden Wagen in Verkehr mit dem Ausland werden wieder mehr und mehr vermehrt. Der Winterfahrplan bringt eine Reihe von derartigen Einrichtungen, insbesondere im Verkehr mit Holland und Belgien. Durchlaufende Züge gibt es nicht nur zwischen Amsterdam und Berlin, sondern auch zwischen Amsterdam und Dresden. Kurswagen 1. und 2. Klasse laufen zwischen Berlin und Rotterdam, Dresden und Rotterdam, Leipzig und Amsterdam, Berlin und Paris, Berlin und Ostende, Genua und Amsterdam usw. Durchlaufende Wagen aller drei Klassen sind vorgesehen zwischen Berlin und Ostende, Berlin, Brüssel und Paris, Berlin und Zürich usw. Durchlaufende Wagen 2. und 3. Klasse werden durchgeführt zwischen Berlin und Antwerpen, Stuttgart und Eger. Durchgehende Wagen 3. Klasse finden sich im Winterfahrplan zwischen Berlin und Paris sowie München und Straßburg. Schlafwagen laufen zwischen Berlin und Rotterdam, Hamburg und Rotterdam, sowie Würzburg und Amsterdam. Speisewagen gibt es im Durchgangsverkehr zwischen Amsterdam und Berlin sowie Wien und Würzburg.

Abonniert den „Vorwärts"!

Der „Vorwärts", das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, kämpft für Demokratie und gemeinsame Befreiung aller körperlich und geistig Arbeitenden von kapitalistischer Geldsackherrschaft. Er liefert ihnen die Waffen für diesen Kampf durch grundsätzliche Aufklärung und rascheste Vermittlung aller Nachrichten von allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens.

Das Abonnement kann sofort beginnen, es kostet monatlich 10 M., für den Rest des Monats Oktober nur 6,65 M.

Folgenden Zettel wolle man ausschneiden und ausgefüllt der Expedition des „Vorwärts", Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zusenden.

Ich abonniere ab heute den „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 6,65 Mark für Oktober.

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende wollen beim Postamt ihres Wohnortes bestellen.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts.

bei _____

Selbstmord auf Bahnhof Nürnberger Platz. Ein aufregender Vorfall ereignete sich heute früh auf dem Untergrundbahnhof Nürnberger Platz. Dort sprang der Kaufmann Walter Kinsky, Spichernstr. 16, vor den um 7,45 vom Fehrbelliner Platz einfahrenden Zuge. Er wurde noch etwa 60 Meter weit mitgeschleift und dann schwerverletzt hervorgeholt. Da der Selbstmörder noch Lebenszeichen von sich gab, wurde er von der inzwischen alarmierten Feuerwehr nach dem Krankenhaus in der Achenbachstraße gebracht. Durch diesen Vorfall trat zwischen Wittenbergplatz und Fehrbelliner Platz eine halbstündige Betriebsstörung ein.

Der Tod in der Badewanne. Auf sehr eigentümliche Weise hat der 19 Jahre alte Kaufmannslehrling Walter Sternsdorff aus der Neanderstr. 4 seinem Leben ein Ende gesetzt. Der junge Mann, der dort bei seinem Onkel wohnte, war sehr nervenleidend und äußerte schon wiederholt Selbstmordgedanken. Als er gestern nachmittag allein in der Wohnung war, füllte er die Badewanne mit Wasser, stieg dann in diese hinein und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Ein sofort hinzugezogener Arzt konnte nur noch seinen Tod feststellen.

Verkauf eines großen Berliner Warenhauses. Das Warenhaus Julius Loewenberg u. Co., Berlin, Swinemünder Str. 86, ist, wie die „Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser" mitteilt, in den Besitz des Warenhauses Urx Gebrüder in Leipzig übergegangen. Die Firma hat das gesamte Warenlager mit Einrichtung sowie das Grundstück erworben und führt es unverändert unter der Firma Julius Loewenberg u. Co. weiter. Der Leiter des bisherigen Einkaufshauses in Berlin, Julius Herz, hat die Leitung übernommen.

Vermißt wird seit Freitag, den 1. Oktober d. J., die 18jährige Martha G., wohnhaft Berlin, Steinmetzstraße, bei den Eltern. Sie hat bei ihrem Fortgang Selbstmordabsichten geäußert. Bekleidet war sie mit einem feldgrauen Kostüm, weißer Bluse, hohen braunen Stiefeln und braunen Florstrümpfen. Sie trug einen gelblichen Lizenhut mit grüner Vorsteneinfassung. Die Vermißte ist kräftig entwickelt und hat dunkelblondes Haar. Wer von ihrem Aufenthalt irgendwelche Kenntnis hat, wird dringend ersucht, Mitteilungen, eventuell gegen Belohnung, an W. Landmann, Neukölln, Selchower Straße 6, zu richten.

Grünau. In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins erstattete Genosse Otto Mielenz den Bericht von der am 12. September stattgefundenen Bezirksversammlung Groß-Berlin. Sodann gab der Vorsitzende Genosse Bluhme den Geschäftsbericht. Er führte in kurzen Zügen aus, wie der Wahlverein nach der Revolution von kleinen Anfängen es heute zu einem der größten Vereine der südöstlichen Vororte gebracht hat, und dankte den Genossen für ihre rege Tätigkeit. Nachdem der Kassierer, Genosse Werner, den Kassenbericht erstattete, fand die Neuwahl des Abteilungsvorstandes statt, in der die Genossen Otto Mielenz zum 1. Vorsitzenden, Friedrich Albrecht zum 2. Vorsitzenden, Carl Müller zum Schriftführer, Hermann Müller zum 1. Kassierer, Wilhelm Albrecht zum 2. Kassierer, Paul Prosetzki und Genossin Selma Scholz zu Beisitzern, die Genossen H. Brandt, Gendki, Kietzer, Pischel und Genossin Kassner zu Bezirksführern, die Genossen Garisch, Streichert, Werner und Stahlberg zu Revisoren und die Genossen Streichert, Tilgner, Prosetzki, Garisch und die Genossin Mielenz in den Bildungsausschuß gewählt wurden.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Zur Gründung eines Elternbundes für die weltliche Schule fordert in einem Aufruf die Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte von Steglitz, Lankwitz und Lichterfelde der S. P. D. und der U. S. P. D. auf. Dem Aufruf sind am Schluß zwei Formulare beigefügt, auf welchen der Beitritt zum Elternbund für weltliche Schule erklärt und ein die Schule besuchendes Kind zum Religionsunterricht abgemeldet werden kann.

Der sozialistische Pfarrer Bleier hält am Sonntag, 10. Oktober, morgens 10 Uhr, seinen nächsten Vortrag in der Artistenkirche in Charlottenburg, Karl-August-Platz, ab. Er behandelt das Thema: „Liebe und Gott". Mittwoch, den 13. d. M., abends 7½ Uhr, spricht Bleier in der Aula des Kaiserin-Augusta-Gymnasiums, Charlottenburg, Sauer Str. 36 (unweit Berliner Straße) über das Thema: „Der Kommunismus des Urchristentums und die 3. Internationale". Zahlreicher Besuch erwünscht.

Die Berliner Ortsgruppe des Verbandes Eherechtsreform, der die Scheidungserleichterungen der getrennt lebenden Ehegatten erstrebt, hält am Dienstag, 12. Oktober, in seinem Vereinslokal, Linkhalle, Linkstr. 13, die nächste Sitzung ab. Die Rechtsberatung liegt in den Händen von Rechtsanwalt Dr. Konrad Mendelsohn, Genthiner Straße 33. Gäste und Interessenten sind willkommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 9. Oktober:

Niederschönhausen. 7½ Uhr im „Wilhelmshof", Kaiser-Wilhelm-Straße 61: Funktionärsitzung.

Gewerkschaftsbewegung

Verhandlungen im Zeitungsstreik.

Die streikenden Angestellten des Zeitungsgewerbes hatten sich heute morgen wieder äußerst zahlreich im „Deutschen Hof" versammelt. Guiard referierte. Er betonte, daß es sich jetzt nach der Aussperrung des Druckereipersonals, das so überaus glänzend seine Solidarität bewiesen habe, um einen Kampf aller Arbeitnehmer des Zeitungsgewerbes gegen die Arbeitgeberschaft handele. Gestern habe sich das Reichsarbeitsministerium zu Verhandlungen bereiterklärt. Die Sitzung war auf 4 Uhr angesetzt, wurde aber plötzlich wieder abgesagt, weil die Arbeitgeber augenblicklich keine Zeit hatten. Nach dem Stande des Streiks und der Stimmung der Streikenden hätten diese natürlich keinen Anlaß, um Vermittlung zu betteln. Die vom Reichsarbeitsministerium angeregten Verhandlungen sollen heute mittag im Ministerium stattfinden. Es handelt sich dabei aber nicht um ein Schlichtungsverfahren, sondern lediglich um die Unterbreitung der Meinungen beider Parteien an das Arbeitsministerium, das dann eine Einigung anbahnen will. Die Vertreter der Angestellten werden den in der gestrigen Resolution eingenommenen Standpunkt vertreten, daß der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses eine Grundlage für Verhandlungen bietet.

Das Wertvollste, was der Streik bisher ergeben habe, sei die Stärkung der Interessengemeinschaft zwischen Handarbeiterschaft und Kopfarbeiterschaft. (Stürmischer Beifall.) Aus Kollegenkreisen sei angefragt worden, wie es mit der Beseitigung der Differenzierung der Löhne zwischen den Angestellten der Annoncenexpeditionen und den übrigen Angestellten des Zeitungsgewerbes stehe. Darauf könne Redner nur sagen, daß die Vertretung der Angestelltenschaft bei allen Verhandlungen bestrebt sei und stets bestrebt sein werde, die aufgezwungene und unhaltbare Differenzierung zu beseitigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Diskussion ergab, daß die Versammelten nach wie vor von bester Kampfesstimmung beseelt sind.

Am Sonnabend früh 9 Uhr wird im „Deutschen Hof", Luckauer Straße, der Bericht von den Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium gegeben.

Schiedsspruch im Einzelhandel.

Im Reichsarbeitsministerium wurde gestern nach stundenlanger Verhandlung ein Schiedsspruch gefällt, der die Forderungen der Arbeitgeber auf Lohnabbau der Gehälter der Lehrlinge und jugendlichen Angestellten ablehnte. Der Schiedsspruch bringt weiter zum Ausdruck, daß die gegenwärtig geltenden Gehaltssätze bis zum 31. Dezember 1920 verlängert werden, und daß lediglich die verheirateten Angestellten eine zehnprozentige Gehaltszulage erhalten sollen. Ueber die Einzelheiten dieses Schiedsspruches wird in einer demnächst stattfindenden Versammlung Bericht erstattet werden, und die Angestellten werden alsdann über diesen Schiedsspruch abstimmen müssen. Wir bitten, die Anzeigen in den Tageszeitungen in den nächsten Tagen zu beachten. Vor Aufforderung unsererseits ist keinerlei Abstimmung in den Betrieben vorzunehmen. Zentralverband der Angestellten.

Der Bericht über den Betriebsrätekongreß in der heutigen Morgenausgabe enthält einen Druckfehler. Der zweite Referent zu dem Thema „Aufgaben der Betriebsräte" war Körpel von der Afa und nicht Hörpel.

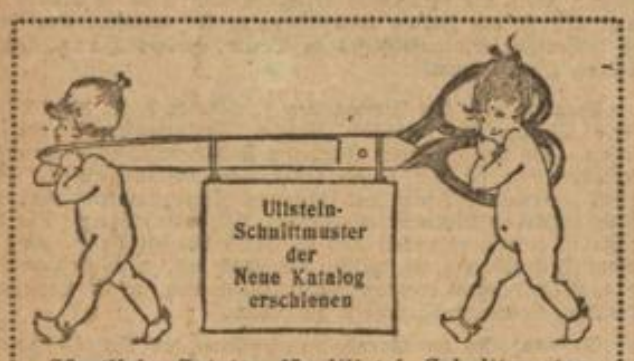
Genosse Müller, Landarbeitervertreter, legt Wert darauf, festzustellen, daß er am 7. Oktober ausgeführt hat: „Aber durch die Freigabe des Deputats der Landarbeiter ist der Allgemeinheit ein hohes Maß an Brotgetreide entzogen, das größtenteils der Verfütterung anheimfällt. Den Deputatempfängern ist ja hierdurch ein Anreiz dazu gegeben.

Achtung, ausgesperrte Buchbinder der Zeitungsbetriebe! Heute 5 Uhr: Branchenversammlung im „Gewerkschaftshaus". Ausgesperrte müssen vollzählig erscheinen. Die Branchenleitung.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Turmstr. 76 **Lachmann & Scholz** Ottostraße 1

Warenhaus



Sämtliche Zutaten für Ullstein-Schnittmuster vorhanden.

Der Winter kommt

Wolline
Damen-Schlupfbeinkleider . . 47.00 M.
Damen-Westen . . . . . 55.00 48.00 M.
Damen-Westen mit Arm 90.00 82.00 M.
Blaue Trikot Reform-Damen-Beinkleider 62.00 56.00 M.
Wolline Herren-Westen 125.00 100.00 M.
Herren-Normal-Beinkleider . . 27.50 M.
Herren-Futter-Beinkleider . . 43.50 M.
Herren-Futter-Hemden . . . . 51.00 M.

Flanell für Hemden und Blusen . . . . . 18.50 M.
Extra warmer Molton-Unterrock, auslanguettiert . . . . 37.50 M.

Man verlange Rabattmarken!

Die Lebensmittelpreise steigen!

Solange Vorrat, empfehle ich:

Vollreis . . . . Pfd. 5.00
Tafelreis . . . Pfd. 5.50
Tafelreis I . . Pfd. 6.00
Gr. Viktoria-Erbsen Pfd. 3.25
Weiße Bohnen 1.90
Kakao garantiert rein . . . . . Pfd. 20.00
¼ Pfund 5.00
Röstkaffee reinschmeckend Pfd. 28 u. 30
¼ Pfund 7.00 und 7.50
Haferbackmehl Pfd. 3.50
Hafergrütze Pfd. 2.90
Haferflocken Pf. 2.75
Maisgrieß weiß, Pfd. 4.75
Maismehl weiß, Pfd. 4.75

Amerik. Kalbfleisch-Würstchen
Dose (zirka 12 bis 14 Stück) M. 8.00

Paul Fratzscher
Neukölln
Hermannstr. 233, Ecke Biebrichstr.

Ein Posten
Schuhwaren

gelangen heute und folgende Tage zum Verkauf, soweit Vorrat reicht

Ein Posten Kinder-Stiefel aus Segeltuch mit Ledersohle
Größe 27/30, M. 29.50 Größe 31/35, M. 33.50
Ein Posten Damen-Stiefel . . . M. 145.—
Diverse Halbschuhe rotbraun Lack . . M. 98.50
Ein Posten Herren-Stiefel . . . M. 165.—

Jeder Weg lohnt sich nach

Schuhhaus Kuntze Nachf.
Große Frankfurter Str. 88, Ecke Marsiliusstr.

!! Einmalige Gelegenheit !!

Verkauf unter Engrospreis!

Damen-Ulster moderne, weiche Stoffe 125, 165, 235, 300 M.
Mädchen- u. Kindermäntel warme, flauschige Stoffe 42, 56, 68, 80 M.
Seiden-Astrachan-Mäntel auf gutem Futter . . . . . 625, 750 M.
Röcke aus guten, haltbaren Stoffen 42, 55, 75 M.
Röcke Kammgarn und Gabardine 135, 165, 180 M.

:: Maß-Anfertigung ::

Seidenplüsche, Astrachan, Damen- und Herren-Ulsterstoffe, Kostüm- und Rockstoffe.
Seiden- und Futterstoffe zu anerkannt billigen Preisen.

Paul Karle
79 Warschauer Straße 79

Haben Sie Kopfschmerzen!

oder Drücken über den Augen, so warten Sie nicht, bis sich die Beschwerden steigern, sondern lassen Sie rechtzeitig Ihre Augen untersuchen. In den meisten Fällen hebt ein sorgfältig angepaßtes Augenglas alle Beschwerden.
Optikermeister Max Trusch, Dresdener Str. 131 (am Kottbuser Tor)
prüft gewissenhaft Ihre Sehkraft vollständig kostenlos und garantiert für gute, passende Augengläser (Dublé-Fassung von 13 Mark, Nickelfassung von 6.50 Mark an). Flache Gläser 10 Mark, gebogene Gläser 25 Mark pro Paar.
Scheuen Sie nicht die kleine Mühe und lassen Sie recht bald Ihre Augen prüfen.

Fahrradgummi wieder billiger!

Neue Laufmäntel, 28×1½ 55 M., 60 M., 65 M., 75 M.
Luftschläuche 20 M., 25 M. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme.

Neue Herrenfahrräder mit Gummibereifung 550 M.
Elegante Tourenräder mit prima Gummibereifung, Freilauf mit Rücktrittbremse, Glocke und Laterne . . . . 750 M., 850 M.
Neue Damenfahrräder m. pr. Gummibereifung 650 M.
Gebrauchte Räder, gr. Auswahl. Karbid-Tischlampen 3, 4.50, 10, 15, 25 M. Prima Karbid Kilo 5 M.
ERNST MACHNOW, Weinmeisterstraße 14.
Größtes Fahrradhaus Berlins.

Damen-Winter-Mäntel
Moderne, mollige Stoffe von Mk. 125 an
Kostümröcke . . . . . von Mk. 35 an
Ständig billige Gelegenheitskäufe.
Joh. Zarnke, Charlottbg., Kaiser-Friedrichstr. 30, Ecke Wallstraße.

Brillanten Platina Bruch Gold Silber
Uhren, Ketten, Gebisse 2c. kauft zum höchst. Tagespr.
Sebastian & Bradtke
Charlottenburg, Dauckelmannstr. 55.
Tel. Wilh. 6558. 102 Bgf.

Wandervögel finden neue Ziele für ihre Fahrten in Deutschen schönem „Wanderbuch". (9 M.) Buchh. Vorwärts, Lindenstraße 3.

Elektro-Motore
Leitungs-Dynamo-Drähte Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Alex. 4782). Kurze Str. 18 (Alex.-Pl.).

Amsterdamer Juwelen-Niederlassung
kauft
Juwelen
Unter d. Linden 17-18
Nahe Kranzler

Lackierer
für eiserne Möbel
stellt sofort ein E. Jahnke, Kranzmöbelfabrik, Wilhelmstr. 28

Wer beim Einkauf sparen will kauft nur in den **Neuköllner Spezialgeschäften des Einkaufs-Wegweiser** und verlangt bei jedem Einkauf Kassenzettel.